

64. Auf den Spuren der süddeutsch-schweizerischen Republik

Die Geschichte berichtet von Dingen, die einst Ereignisse waren. Von Vorhaben, die sich nicht verwirklichen liessen, schweigt sie lieber. Das, was heute ist, weil es so geworden ist, hätte vielleicht auch ganz anders sein können. Aber wer will davon noch reden? Wäre Herzog Leopold 1386 bei Sempach nicht zusammen mit seinen Gefolgsleuten aus dem Basler Adel gefallen, hätte Katharina von Burgund eigene Nachkommen gehabt oder wäre Strassburg nach dem Muster von Mülhausen ein zugewandter Ort der Eidgenossenschaft geworden – die heutige politische Landschaft am Oberrhein sähe wohl anders aus.

Doch stösst man gelegentlich bei der Lektüre historischer Akten auf Vorhaben, deren Realisierung so weit vorangetrieben war, dass man sich nachträglich wundert, warum sie nicht Wirklichkeit wurden. Man sieht sich durchformulierten Konzepten gegenüber, entdeckt die Spuren der Handlungsträger, findet Drucksachen, Briefe, Verhörprotokolle und schaut in ein dichtes Netz von untereinander verknüpften Ideen, Aktionen und Menschen. Alles hing nur an einem Faden, der dann riss, und so verschwanden diese Ideen, Aktionen und Menschen wieder von der Bildfläche. Sie gerieten in eine Vergessenheit, aus der sie nur die Geduld der historischen Forschung erlösen kann. Eine solche Forschung hat manchmal selber ihre merkwürdige Geschichte.

Schon liegt die Zeit hinter uns, da es ein marktwirtschaftlich westliches und ein staatssozialistisches östliches Europa gab. Republikanisch-revolutionäre Geschichtsforschung musste von der Sache her relativ leicht ein Heimatrecht an der Akademie der Wissenschaften der einstigen DDR bekommen. Dort machte sich 1962 auf Grund vorausgegangener Arbeiten anderer der DDR-Historiker Heinrich Scheel einen Namen mit seinem Werk „Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden“, dem er 1979 einen Quellenband „Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden des 18. Jahrhunderts“ folgen liess. Wo schon auf der ersten Seite eines Vorworts Marx und Engels, auf der zweiten Seite Lenin und Stalin zitiert werden, schien für den westlichen Leser Skepsis angebracht. Oder betrieb Scheel eine Art Mimikri? Denn das Material, das er vorlegte, war in seinem Umfang und in seiner Unbekanntheit eigentlich erstaunlich. In einem von den deutschen Freiheitskriegen und von Preussen dominierten Geschichtsbild tauchten plötzlich bürgerliche Republikaner aus Freiburg, Stuttgart, Ulm und Lörrach auf. Mit einer Verspätung von rund 10 Jahren gab Scheel Anstoss zur westdeutschen Jakobinerforschung von Hamburg über Mainz bis in die obere Markgrafschaft. Walter Grab, Elisabeth Fehrenbach, Axel Kuhn, Otto Büsch nahmen den von Scheel ausgeworfenen Faden auf.

Weil es sich bei diesen Forschungen um die Nachwirkung von Unterlegenen und Besiegten handelte – der deutsche Republikanismus bekam 1796-1800 keine Chance und unterlag auch 1848 –, war das ein Thema, dessen sich auch nicht an Universitäten etablierte Historiker annehmen konnten. Bisher übersehene Dokumente legte der in Reutlingen-Betzingen ansässige Hellmut G. Haasis vor („Gebt der Freiheit Flügel. Die Zeit der deutschen Jakobiner 1789-1805“, 1988), Erwin Dittler in Kehl rekonstruierte geradezu minutiös („Jakobiner am Oberrhein“, 1976) die Vorgänge in der Basler Ecke auf der deutschen Seite. 1993 fasste Uwe Schmidt in seinem Buch „Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution“ nicht nur die bisherigen Ergebnisse zusammen, sondern legte aus übersehenen Wiener und Pariser Akten abermals neue Quellen vor.

Schreibe ich hier eigentlich einen Forschungsbericht oder eine Geschichte? Beides. Zum einen wissen wir jetzt ganz genau, dass Südwestdeutschland, besonders die badischen und vorderösterreichischen Gebiete, schon 1796 bereit waren, die zwar sanfte, aber im Kern absolutistische Herrschaft des Markgrafen, des Kaisers in Wien und der weiteren weltlichen oder geistlichen Herren umzustürzen. Zum andern sehen wir, dass parallel zur Revolutionierung der Schweiz 1798 eine Staatsumwälzung in Süddeutschland vorbereitet war, wobei Basel als die wichtigste Nachrichtenzentrale und Drehscheibe funktionierte. Das Datum des 17. Januar 1798 zum Beispiel, an dem in Liestal ein Freiheitsbaum aufgerichtet wurde, war am Grenzacher Hörnli festgelegt worden. Und zum dritten taucht in diesen Plänen das Vorhaben einer gemeinsamen süddeutsch-schweizerischen Republik auf, eines völlig neuen Staates. Wirtschaftlich hätte er die mehr gewerblich-industriell organisierte Schweiz mit dem im Getreideanbau starken Süddeutschland zusammenführen sollen. Ethnisch berief man sich auf die gemeinsame alemannische Sprache, historisch auf die einstige Herrschaft der Zähringer. Das politische Argument ging dahin, dass die Schweiz und Süddeutschland zusammen einen Staat ergäben, der von seiner Grösse her als Republik dem republikanischen Frankreich weniger ausgeliefert gewesen wäre und den als zu übermächtig empfundenen Nachbar Österreich hätte zurückdrängen können.

Süddeutsche Republikaner wie Jägerschmid, List, Bärstecher und Fahrländer weilten und wirkten zeitweise in der Schweiz selber, bewegten sich wie Irrlichter zwischen Stuttgart, Strassburg, Basel und Bern; auf schweizerischer Seite fanden sie Gehör bei Philipp Albert Stapfer, Albert Haller, César La Harpe, Remigius Frey. Auch Peter Ochs kannte diese Pläne. Er riet aber am 4. Juni 1798 als frisch gewählter helvetischer Direktor dazu, zuerst die eigene Republik zu konsolidieren, bevor man sich mit den Süddeutschen einlassen sollte.

Eine gemeinsame süddeutsch-schweizerische Republik entstand nicht, weil die französische Generalität auf beiden Seiten des Rheins verschiedene Ziele verfolgte: in der Schweiz einen Einheitsstaat gegen die alten kantonalen Oligarchien, in Süddeutschland Vereinbarungen mit den stärksten Fürstenhäusern aus militärischen Gründen. Eine solche Republik hätte auch keine Chance gehabt – denkt man heute. Aber vergisst dabei, dass die Staatsgründungen der napoleonischen Zeit von erstaunlicher Dauer waren: das Königreich Bayern, das Königreich Württemberg, das Grossherzogtum Baden und letzten Endes sogar die zum Zeitpunkt der Abdankung Napoleons definierte Schweiz.

Die von Heinrich Scheel bis Uwe Schmidt geleistete Forschungsarbeit macht es auch nötig, dass man in der Schweiz die geschichtlichen Darstellungen der Helvetischen Republik überprüft. Aus dem bundesstaatlichen Gesichtswinkel von Zürich und Bern mag das Projekt einer süddeutsch-schweizerischen Republik so absurd erscheinen wie der Plan von 1806, ein Königreich Helvetien in der Schweiz und Baden einzurichten. Aus der Basler Perspektive hingegen war es eine Option – eine riskante, unheimliche, vielversprechende?